Regierungsrat

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Eidg. Departement des Innern EDI
Generalsekretariat
Eidg. Büro für die Gleichstellung
von Menschen mit Behinderungen
EBGB
Inselgasse 1
3003 Bern

26. März 2024

Teilrevision des Behindertengleichstellungsgesetzes Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns mit Schreiben vom 8. Dezember 2023 eingeladen, zur Teilrevision des Behindertengleichstellungsgesetzes (BehiG) Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und lassen uns wie folgt vernehmen:

1. Vorbemerkung

In den letzten Jahren hat der Kanton Solothurn seine Bestrebungen im Bereich der Behindertengleichstellung intensiviert. In Erarbeitung ist ein Massnahmenplan, der sich am erst 2020 beschlossenen kantonalen Leitbild Behinderung und an den Empfehlungen der UNO-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) orientiert und das Leben von Menschen mit einer Behinderung im Sinne der Gleichstellungspolitik tatsächlich verbessern soll.

Mit Blick auf die staatspolitische Verantwortung ist festzustellen, dass die Kantone bereits heute über genügend Kompetenzen verfügen, die politischen Ziele der Behindertengleichstellung zu erreichen. Die Bundesgesetzgebung soll dazu beitragen, die Verantwortung von Bund, Kantonen und Gemeinden sowie der Wirtschaft und der Privaten in diesem Bereich zu stärken. Letztlich kann es nicht darum gehen, für jede denkbare Lebenssituation spezifische Vorschriften zu erlassen. Ein solches Regelwerk wäre auch nie vollständig und könnte nicht alle Bedürfnisse befriedigen. Daher plädiert der Kanton Solothurn für eine inhaltlich konsequente Behindertengleichstellungspolitik, die sich insbesondere an den Zielsetzungen der UN-BRK orientiert. Auf Rechtsetzungsebene ist eine die Eigenverantwortung aller Gesellschaftsakteurinnen und -akteure berücksichtigende Regelung anzustreben, die den Grundsatz der Verhältnismässigkeit und die Vollzugstauglichkeit berücksichtigt. Die vorgeschlagene Teilrevision des BehiG kann diesen Anspruch nicht ganz erfüllen, geht aber insgesamt in die richtige Richtung, insbesondere weil sie auch die vom UNO-Behindertenrechtsausschuss kritisierte mangelnde Umsetzung der UN-BRK und die Forderung nach gesetzlichen Regelungen aufnimmt.

In diesem Sinne begrüsst und unterstützt der Regierungsrat des Kantons Solothurn im Grundsatz die Vorlage des Bundesrates.

2. Zu den einzelnen Bestimmungen

Art. 2 Abs. 1:

Wir begrüssen die Anpassung auf den Begriff *Menschen mit Behinderungen*, welcher Behinderung nicht mehr als Eigenschaft einer Person definiert, sondern sie als Wechselwirkung zwischen den betroffenen Personen und existierenden Hindernissen in der Umwelt versteht.

Der Katalog der Begriffe bezüglich der Bedeutung Mensch mit Behinderung wird gegenüber heute erweitert mit den Begriffen *intellektuelle Beeinträchtigungen* sowie *sensorische Beeinträchtigungen*. Letzteres ist die logische Konsequenz zur Anerkennung der Gebärdensprache und der Förderung der Gleichstellung von hörbehinderten und gehörlosen Menschen. Jedoch erscheint uns der Begriff der *Sinnesbeeinträchtigungen*, der auch in der Botschaft verwendet wird, präziser. In der Botschaft ist abschliessend aufzuzählen, welche Formen von Beeinträchtigungen dieser Begriff umfasst.

Die Aufnahme des Begriffs *intellektuelle Beeinträchtigungen* lehnen wir in dieser Form ab. Im erläuternden Bericht zu Art. 2 Abs. 1 finden sich keine Präzisierungen zu dieser Begriffsaufnahme. Damit ist auch die Abgrenzung zu geistigen Beeinträchtigungen unklar. Tiefere oder einseitig ausgeprägte intellektuelle Fähigkeiten stellen per se noch keine Beeinträchtigung im Sinne von «*Mensch mit Behinderung*» dar. Es gehört zu den Merkmalen jeder funktionierenden Gesellschaft, dass sie Menschen mit unterschiedlichen intellektuellen Fähigkeiten und Fertigkeiten aufweist. Wir schlagen vor, allgemein den Begriff *kognitive Beeinträchtigungen* zu verwenden.

Antrag: Ersatz von «geistige» und «intellektuelle» durch «kognitive».

Art. 5 Abs. 1:

Die Präzisierungen in diesem Artikel werden begrüsst. Um den Auftrag von Bund und Kantonen besser einzugrenzen, schlagen wir vor, in Abs. 1 von *angemessenen* Massnahmen zu sprechen und eine entsprechende Zielbestimmung für Fördermassnahmen aufzunehmen (analog Kanton Basel-Stadt: §§ 4 Abs. 2 und 5 Abs. 2 baselstädtisches Gesetz über die Rechte von Menschen mit Behinderungen [Behindertenrechtegesetz, BRG; SG 140.500]).

Antrag: «Bund und Kantone ergreifen angemessene Massnahmen, um Benachteiligungen zu verhindern, zu verringern oder zu beseitigen. Sie sind so auszugestalten, dass Menschen mit Behinderungen eine möglichst selbstbestimmte und selbstverantwortete Lebensführung ermöglicht wird. Den besonderen Bedürfnissen von Frauen mit Behinderungen und weiteren Personen, die von Mehrfachdiskriminierungen betroffen sind, ist Rechnung zu tragen.»

Art. 6 Abs. 3:

Wir begrüssen die Initiative, digitale Dienstleistungen an internationale und nationale Standards der Barrierefreiheit anzupassen, um eine umfassende Zugänglichkeit zu gewährleisten. Die klare Definition dieser Standards zur barrierefreien Gestaltung von Webinhalten und Dokumenten, wie durch Beispiele der WCAG, PDF/UA und EN 301 549 illustriert, ist entscheidend. Sie bieten Anbietenden digitaler Dienste eine konkrete Richtschnur zur Implementierung zugänglicher Technologien. Der Einbezug von Expertinnen und Experten für digitale Barrierefreiheit und von Menschen mit Behinderungen in den Prozess der Vorschriftenerstellung ist unerlässlich, um die Effektivität und Praktikabilität der Richtlinien zu sichern. Darüber hinaus ist es wichtig, Anbietende durch Beratung, Schulung und finanzielle Anreize zu unterstützen, um die Einhaltung der Zugänglichkeitsstandards zu fördern und zu erleichtern.

Art. 12a:

Die Aufzählungen in den Absätzen 1 und 2 erscheinen uns für die Interessensabwägung grundsätzlich geeignet. Wir regen jedoch an, auch die Art und die Bedeutung des in Frage stehenden Anspruchs einzubeziehen:

Antrag (Abs. 1 und 2): Ergänzung der Aufzählungen mit «die Art und die Bedeutung des in Frage stehenden Anspruchs».

Art. 12b:

Wir begrüßen ausdrücklich, dass die drei Gebärdensprachen als Fördersprachen anerkannt werden.

Art. 14a Abs. 1 Bst. a:

Unter dem Begriff «vorschulisch» wird heute allgemein das Kindergartenalter verstanden. Hingegen entspricht der Begriff «*frühkindlich*» der intendierten Erweiterung des Förderbereichs auf die Frühförderung und somit dem Altersbereich, der mit dem Gesetz angestrebt wird.

Antrag: Ersatz des Begriffs «vorschulisch» durch «frühkindlich».

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Peter Hodel
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatsschreiber